

**CDU**

CDU-Kreistagsfraktion Enzkreis • Lohwiesenstraße 13 • 75417 Mühlacker

**Fraktion im Kreistag
des Enzkreises
Der Vorsitzende**

Telefon: +49 7041 3771
E-Mail: guenter@baechle.eu
Internet: cdu-fraktion-enzkreis.de

Mühlacker, den 03. Juli 2016

Pressemitteilung

„Wer bestellt, bezahlt!“ – Bund und Länder einigen sich auf Finanzentlastung für Kommunen - Kreistagsfraktion will höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer – Gemeinsame Erklärung mit Krichbaum und Gunzelmann

Enzkreis/Mühlacker/Pforzheim. „Berlin hört endlich die Klagelieder aus den Rathäusern und Landratsämtern über die starke Schieflage ihrer Finanzen und anderem durch Gesetze des Bundes“, loben die Kommunalpolitiker der Union in Stadt und Kreis. Denn In der vergangenen Woche verständigten sich, wie berichtet, Bundeskanzler Friedrich Merz und die Regierungschefinnen und -chefs der Länder gemeinsam auf einen neuen Mechanismus zur Entlastung der Kommunen. Darauf verweisen Staatsminister Gunther Krichbaum, Günter Bächle als Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion sowie der Enzkreis-Abgeordnete im Landtag, Nico Gunzelmann, in einer gemeinsamen Mitteilung.

Vom 1. Oktober 2026 an wird der Bund keine Leistungsgesetze mehr beschließen, die für die Kommunen keinen entsprechenden Kostenausgleich vorsehen. Das berichtet der CDU-Bundestagsabgeordnete Gunther Krichbaum. „Künftig gilt das Prinzip ‚Wer bestellt, bezahlt‘. Belastet ein neues Bundesgesetz Länder und Kommunen mit mindestens 200 Millionen Euro jährlich, wird der Bund 80 Prozent der Kosten über die Umsatzsteuerbeteiligung kompensieren“, so Krichbaum. Damit sollen vor allem die ständig steigenden Sozialausgaben der Kommunen gedämpft werden. „Mit dieser Einigung setzen wir ein weiteres wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um“, betonte der Staatsminister und Wahlkreis-Abgeordneter.

„Bei meinen Gesprächen mit Bürgermeistern und Gemeinderäten aus unserer Region wurde ich immer wieder auf die Kostenexplosion bei den Sozialleistungen, vor allem beim Bundesteilhabegesetz, der Kinder- und Jugendhilfe und beim Unterhaltsvorschuss hingewiesen“, so Krichbaum weiter. Allein beim Unterhaltsvorschuss haben sich die Kosten für die Kommunen in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht. „Diese Kosten müssen die Kommunen allein tragen. Damit stieg die kommunale Verschuldung und für dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur war kein Geld mehr vorhanden“, so die Kommunalpolitiker der Union. Daher sei es wichtig, dass die Verabredung zwischen Bund und Ländern nicht nur für die Zukunft gel-

Anschrift: CDU-Fraktion im Kreistag des Enzkreises, Lohwiesenstraße 13, 75417 Mühlacker

Kreisräte: Günter Bächle, Mühlacker - Kurt Ebel, Remchingen – Heiko Genthner, Königbach-Stein - Dr. Peter Napiwotzky, Mühlacker – Hartmut Ochner, Birkenfeld – Stefan Kunle, Tiefenbronn – Frank Weber, Ispringen – Martin Reinhardt, Knittlingen – Matthias Bach, Neulingen – Michael Sengle, Keltern - Martin Steiner, Birkenfeld – Mario Weisbrich, Wimsheim – Andreas Scheuermann, Illingen

te, sondern die Ausgabendynamik auch für bestehende Leistungsgesetze durchbrochen werden.

Günter Bächle, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Gemeinderat von Mühlacker und im Kreistag ergänzt: „Seit Jahren beklagen die Kommunen zu Recht, dass der Bund ständig neue Ansprüche beschließt und die Kommunen dann auf den Kosten sitzenbleiben. Auch uns in den Enzkreis-Gemeinden und im Landkreis betrifft das massiv. Für unsere Finanzen war diese Einigung in Berlin mehr als überfällig.“ Durch die Überarbeitung bestehender Leistungsgesetze im Bereich Kinder/Jugend, Teilhabe und Unterhalt seien zusätzliche Entlastungen zu erwarten. „Wir werden hier genau hinschauen.“ Daher sei es wichtig, dass die Verabredung zwischen Bund und Ländern nicht nur für die Zukunft gelte, sondern die Ausgabendynamik auch für bestehende Leistungsgesetze durchbrochen werden soll.

„Die getroffene Vereinbarung ist ein erster und wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, so Kreisrat Martin Steiner, Bürgermeister in Birkenfeld. Diese CDU geführte Bundesregierung habe damit bewiesen, erkannt zu haben, dass die Kreise, Städte und Gemeinden unverschuldet eine finanzielle Schlagseite bekommen haben, weil Bund und Land den kommunalen Gebietskörperschaften in den vergangenen Jahren zu viel aufgeladen haben. Dies solle zukünftig nicht mehr so sein und bewiese: Problem erkannt!

Aber die Regelung sei eben nur ein erster Schritt! Bächle und Steiner: „Wir brauchen einen konsequenten zweiten Schritt. Denn die Regelung zur zukünftigen Finanzentlastung ändert nichts am Status quo.“ Notwendig sei angesichts der jetzigen Schieflage die Haushalte wieder ausgleichen zu können.“ Einen deutlich höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer, wie von den kommunalen Spitzenverbände gefordert, müsse hier die Antwort sein. wurden, aber weitere Regelungen folgen müssen, um den Status quo zu verbessern. Die aktuelle Lage dürfe nicht ignoriert werden.

Gunther Krichbaum und Günter Bächle betonen die große Bedeutung der Kommunen für Lebensqualität und Vertrauen in den Staat. „Vor Ort in den Kommunen entscheidet sich, ob der Staat handlungsfähig erscheint. Deshalb müssen die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen wieder gestärkt werden.“ Die CDU-Kreistagsfraktion hatte vor einiger Zeit ein Gespräch mit dem kommunalpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Mack, in Niefern geführt, an dem – wie berichtet - zahlreiche Bürgermeister teilnahmen. Dass Mack, vormals Bürgermeister von Bad Wildbad, kürzlich zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt wurde, bedeute eine wichtige Stärkung der kommunalen Front.

„Um unsere Kommunen zu entlasten, braucht es den Schulterschluss zwischen Bund und Land. Der Bund setzt mit dem neuen Konnexitätsmechanismus ein richtiges und längst überfälliges Signal“, so der Landtagsabgeordnete Nico Gunzelmann. Das Land Baden-Württemberg handle parallel: „Mit 500 Millionen Euro zusätzlicher Mittel im Kommunalen Finanzausgleich helfen wir kurzfristig.“ Und mit den strukturellen Reformen aus dem Koalitionsvertrag werde dauerhaft mehr Spielraum geschaffen: „Die neue Zukunftskommission soll die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen grundlegend neu aufstellen. Hinzu kommen unter anderem der konsequente Abbau von Berichts- und Dokumentationspflichten sowie die Vereinfachung des Förderwesens.“

Anschritt: CDU-Fraktion im Kreistag des Enzkreises, Lohwiesenstraße 13, 75417 Mühlacker

Kreisräte: Günter Bächle, Mühlacker - Kurt Ebel, Remchingen – Heiko Genthner, Königbach-Stein - Dr. Peter Napiwotzky, Mühlacker – Hartmut Ochner, Birkenfeld – Stefan Kunle, Tiefenbronn – Frank Weber, Ispringen – Martin Reinhardt, Knittlingen – Matthias Bach, Neulingen – Michael Sengle, Keltern - Martin Steiner, Birkenfeld – Mario Weisbrich, Wimsheim – Andreas Scheuermann, Illingen